

Positionspapier des VBE Bundesvorstandes

Die Vermessung der (Bildungs-)Welt muss Hand in Hand gehen mit Taten der Politik!

Die Erkenntnisse liegen auf der Hand: Das Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Es fehlen Fachkräfte. Es fehlt an Ressourcen. Bildungspolitisch Projekte können nicht so umgesetzt werden, wie es in der Theorie gedacht ist. So scheitern gute Ideen an der Realität des Bildungswesens. All dies zeigen die regelmäßigen Erhebungen, welche von öffentlichen und privaten Organisationen beauftragt und veröffentlicht werden. Ob Bildungsbarometer, Schulbarometer, IQB, PISA oder Schulleitungsstudie: Die Vermessung der (Bildungs-)Welt ist allgegenwärtig. Während es einerseits nachvollziehbar ist, dass Daten erhoben werden, darf dies andererseits nicht um des Messens Willen geschehen. Schon längst gibt es kein Erkenntnisproblem mehr, es gibt ein Umsetzungsproblem. Viel zu oft werden Entscheidungen der Politik nicht auf Basis der Expertise aus der Praxis getroffen. Auch eine Evaluierung von Maßnahmen findet zu selten und nicht systematisch genug statt.

Der VBE fordert deshalb:

- Von staatlichen Organisationen beauftragte oder (mit-)finanzierte Datenerhebungen müssen dafür genutzt werden, Bildungsprozesse zu verbessern. Bei der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung ist die Expertise von Fachkräften einzubeziehen. Positive Ergebnisse müssen verstärkt, negative Ergebnisse als Impuls für eine Verbesserung der bestehenden Bedingungen genutzt werden.
- Ergebnisse von allgemeinen Testungen des Lernstandes sind nicht primär darauf auszurichten, den Lehr-/Lernerfolg oder die entsprechenden Defizite von Lerngruppen, Stufen, Schulen oder Gebieten miteinander zu vergleichen. Sie müssen dafür genutzt werden, den Lernstand aufzunehmen, die Entwicklung der Gruppe innerhalb der Jahrgangsstufen nachzuverfolgen und den Fachkräften Möglichkeiten zu eröffnen, die Schülerinnen und Schüler bestmöglich bei der Erreichung der definierten Standards zu unterstützen.
- Datenerhebungen, die von nicht-staatlichen Organisationen beauftragt wurden, aber wissenschaftlichen Standards, insbesondere Repräsentativität, genügen, sind von Politik und Verwaltung ebenfalls als Handlungsimpuls zu verstehen. Meinungsumfragen bilden die Erfahrungen von Fachkräften ab und liefern daher wertvolle Hinweise auf die Situation in den Bildungseinrichtungen.

Berlin, 01. Dezember 2023